

Bei dem Beschlussvorschlag Punkt 6 handelt es sich um einen Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 12.09.2019. Der Beschlussvorschlag soll den ursprünglich fünf Punkte umfassenden Beschlussvorschlag der Verwaltung um einen sechsten Punkt ergänzen. Die vorangestellten Beschlusspunkte eins bis fünf liegen in der Zuständigkeit des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt; der Ergänzungsantrag enthält darüber hinaus eine Beschlussempfehlung für den Rat.

Entsprechend der geänderten Tagesordnung werden die Tagesordnungspunkte 4 (Klimaschutz in Meckenheim bzw. im linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis) und 5 (Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands - Bürgeranregung vom 13. Juni 2019 gemäß §21 KrO NRW / §24 Gemeindeordnung NRW) gemeinsam behandelt.

Einführend legt die Verwaltung dar, was bereits auf kommunaler und regionaler Ebene als Beitrag zum Klimaschutz geleistet wird. Zudem werden ausgewählte aktuelle Projekte und Maßnahmen (u.a. Neubau Rathaus, Bio Innovation/ Unternehmerpark Kottenforst, Teilkonzept zur Anpassung an den Klimawandel), sowie Auszüge der Arbeit des Klimamanagers vorgestellt. Herr Spilles verweist zudem auf die aktuellen Beschlüsse, mit denen die Weiterbeschäftigung des Klimaschutzmanagers und die Förderung bzgl. des Klimaschutzteilkonzepts zur Anpassung an den Klimawandel gesichert werden. Ganz im Sinne des Antrages wird auch hier der Dialog mit den politischen Gremien und der Öffentlichkeit eingeplant – konkret sind im Rahmen des Teilkonzeptes zur Klimafolgenanpassung sechs öffentliche Workshops vorgesehen, welche von beauftragten Beratern und Fachkräften begleitet werden. Die Verwaltung regt an, zunächst diesen Prozess abzuschließen und ggfs. im Nachgang weitere Maßnahmen zu beschließen.

Die SPD-Fraktion erläutert ihren Ergänzungsantrag und betont, durch die Einsetzung des Klimabeirats die Bevölkerung mitnehmen und gemeinsam Ideen zum Klimaschutz erarbeiten zu wollen. Nachfolgend erläutert die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen ihren Änderungsantrag.

Die anschließende Diskussion umfasst sowohl die Abwägung der seitens der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen eingebrachten Formulierungsvorschläge zum Beschlussvorschlag der Verwaltung (Unterpunkte eins bis fünf), als auch den Vorschlag zur Einsetzung eines Klimabeirats (Unterpunkt 6 als Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion), sowie die Resolution zur Ausrufung des Klimanotstands (TOP 5).

Die Beschlusspunkte werden einzeln abgestimmt. Im Folgenden werden die nicht übernommenen Änderungsvorschläge mit Abstimmungsergebnis aufgeführt. Die verbleibenden Beschlussvorschläge sind als unstrittig und mit Zustimmung gewertet und entsprechend bereinigt oben im Beschlussvorschlag aufgeführt worden.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt

3. sieht sich auf (inter-)kommunaler Ebene nicht am Anfang dieses Prozesses, sondern mittendrin in einer seit über 12 Jahren erfolgreichen Umsetzung von Klimaschutz- und Klimafolgenanpassungsmaßnahmen. Angesichts der von Expert*innen inzwischen als „climate emergency“ beschriebenen Situation vor Ort sieht der Ausschuss die Notwendigkeit,

dass die Stadt diese Vorreiterrolle als Klimaretter-Stadt noch aktiver wahrnimmt.

Beschluss: Mehrheitlich
Ja-Stimmen 3 Nein-Stimmen 10

4. beauftragt die Verwaltung, in den Vorlagen auf die Klimarelevanz zu beschließender Maßnahmen einzugehen, bei der Umsetzung von Gremienbeschlüssen und im laufenden Geschäft das Verwaltungshandeln auf seine Klima(folgen)relevanz hin zu überprüfen und im Rahmen des wirtschaftlich Vertretbaren und sozial Nachhaltigen die klimafreundlichste Variante umzusetzen.

Beschluss: Mehrheitlich
Ja-Stimmen 3 Nein-Stimmen 10

4. beauftragt die Verwaltung, in den Vorlagen auf die Klimarelevanz zu beschließender Maßnahmen einzugehen, bei der Umsetzung von Gremienbeschlüssen und im laufenden Geschäft das Verwaltungshandeln auf seine Klima(folgen)relevanz hin zu überprüfen und im Rahmen des wirtschaftlich Vertretbaren und sozial Nachhaltigen die klimafreundlichste Variante umzusetzen. Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, regelmäßig – gemeinsam mit dem Klimaschutzmanager – über die Klimaschutz-Maßnahmen zu berichten und regelmäßig über durchgeführte oder geplante Maßnahmen zugänglich und verständlich öffentlich zu informieren.

Beschluss: Mehrheitlich
Ja-Stimmen 3 Nein-Stimmen 10